

Wir brauchen AHV-Milliarden für Armee

Eine 13. AHV-Rente für alle. Das Anliegen scheint populär. Wer ist schon gegen eine Rentenaufbesserung von 8 Prozent?

Doch der Ausbau des Wohlfahrtsstaats hat einen Haken: Die Rechnung ist gesalzen. Selbst ohne Rentenerhöhung braucht die AHV mittelfristig wegen der Alterung der Gesellschaft zusätzliche Mittel in Milliardenhöhe. Eine 13. Rente würde den finanziellen Bedarf weiter in die Höhe treiben. Seriös beziffern lassen sich die Kosten nicht, sie hängen von der Lohnentwicklung, der Zuwanderung und der Demografie ab. Klar aber ist: Es wird teuer. Mehrwertsteuer und/oder Lohnabgaben müssen deutlich erhöht werden. Arbeitstätige müssten noch mehr für Pensionierte bezahlen, als dies heute schon der Fall ist.

Gewiss, es gibt Rentnerinnen und Rentner mit sehr bescheidenem Budget. Ihnen soll gezielt unter die Arme gegriffen werden. Durch eine Anhebung der AHV-Mindestrenten durch Ergänzungsleistungen. Es ist aber sozialpolitischer Unsinn, die Renten von wohlhabenden Menschen zu erhöhen. Genau dies jedoch geschieht mit einer 13. Rente für alle. Es gibt in der Schweiz viele Senioren, welche diesen Zustupf wirklich nicht nötig haben.

Wäre die Welt rosarot, könnte man sorgenloser über einen massiven Ausbau des Sozialstaats diskutieren. Schliesslich sind wir ein reiches Land, das sich allerhand leisten kann. Doch die Welt ist aus den Fugen geraten. Die Sicherheitslage ist so schlecht wie seit der Kubakrise 1962 nicht mehr. Und sie droht sich weiter zu verschlechtern: Eine Wiederwahl von Donald Trump würde

«Der Ausbau der AHV kommt finanzpolitisch zur Unzeit. Wir brauchen die Milliarden derzeit anderswo. Leider.»

möglicherweise den Rückzug der USA aus Europa bedeuten. Es wäre das erste Mal seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs, dass sich die Schweiz und ihre Nachbarn nicht mehr auf den militärischen Schutz Amerikas verlassen könnten.

«Ich hätte es nicht für möglich gehalten», sagt der ehemalige deutsche Aussenminister Joschka Fischer vor wenigen Tagen in einem viel beachteten Interview mit der «Augsburger Allgemeinen». «Aber wir müssen wieder massiv aufrüsten.»

Diese Sätze lassen aufhorchen. Hier spricht nicht ein Offizier, der gerne neue Waffen ausprobieren täte. Hier spricht ein weiser, alternder Politiker, der zeitlebens der pazifistischen Linken nahestand.

Putin, so Joschka Fischers Analyse, sei alles zuzutrauen. Sein revisionistischer Imperialismus bedrohe den Frieden in

ganz Europa. Eine Niederlage der Ukraine wäre ein fatales Signal, das unsere Sicherheit unmittelbar bedroht. Es sei daher ein Imperativ, die Wehrhaftigkeit der europäischen Demokratien zu stärken.

Was für Deutschland gilt, trifft auch auf die Schweiz zu. Unsere Armee ist nach zahlreichen Reformen und Sparübungen ein Schatten ihrer selbst. Wichtige Waffensysteme wie etwa die Artillerie nähern sich ihrem Lebensende. Die Munitionsvorräte reichen für ein paar Tage. Die Mittel zur Abwehr von ballistischen Bedrohungen sind praktisch inexistent. Kurz: Wir sind schwach aufgestellt. Eine Schwäche, die wir uns nicht mehr lange leisten können.

Anstatt Milliarden in den Ausbau der Altersvorsorge zu investieren, sollten wir der Ertüchtigung unserer Wehrhaftigkeit Priorität einräumen. Das mag in einer satten, vom Wohlstand verwöhnten Gesellschaft unpopulär sein. Und viele, gerade jüngere Menschen, haben sich wohl noch nie in ihrem Leben mit dem Szenario befasst, dass auch wir in einen Krieg verwickelt werden könnten.

Doch seien wir wachsam, die Zeiten sind arglistig. Der Ausbau der AHV ist sozialpolitischer Luxus. Und er kommt finanzpolitisch zur Unzeit. Wir brauchen die Milliarden derzeit anderswo. Leider.



Stefan Schmid
stefan.schmid@chmedia.ch